Artikel vom 25.01.2017 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 04:34 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/04-das-ankuendigungs-label

04 - Das Ankündigungs-Label



Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt ließ auf der Grünen Woche die Hüllen fallen – na ja, zumindest die des staatlichen Tierwohllabels. Mehr als eine Ankündigung ist das Label aber noch nicht, oder?

Als Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt vor Wochen ankündigte, auf der Grünen Woche einen Vorschlag für ein staatliches Tierwohllabel zu präsentieren, dürften die Mitarbeiter und Partner der Initiative Tierwohl und der Landwirtschaft doch wohl sehr erstaunt gewesen sein. Zwei Jahre hatte man mit allen Beteiligten aus Interessensvertretung, Handel, Wissenschaft und Tierschützern – unter großen Anstrengungen – die Kriterien erarbeitet, und dann kommt Schmidt mal eben mit einem eigenen Label um die Ecke, das diese Mühen konterkariert. Könnte man meinen. Tut es aber nicht. Denn das staatliche Tierwohllabel ist weit von einer konkreten Umsetzung entfernt.

Deshalb haben der Deutsche Bauernverband und die Initiative Tierwohl Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt auch ihre Unterstützung angeboten. Man kann nur hoffen, dass das Bundeslandwirtschaftsministerium auf das bereits Erarbeitete zurückgreift. Die angekündigten Kriterien „Mehr Platz, mehr Stroh, mehr Spielzeug“ sind noch recht oberflächlich. Wie sehen die inhaltlichen Kriterien genau aus? Die Initiative Tierwohl hat da bereits Maßstäbe gesetzt, mit allen Beteiligten an einem Tisch und mit konkreten Kriterien. Ganz wichtig ist hierbei die wissenschaftliche Basis. Fraglich ist noch, welchen Zeitplan sich das Ministerium für die Marktreife des Labels vorstellt. Nächstes oder übernächstes Jahr, so Schmidt vage, soll das Label zuerst im Bereich Schwein und dann bei Geflügel umgesetzt werden.

70 Mio. € will das Bundeslandwirtschaftsministerium für die Markteinführung auf den Tisch legen. Vom ersten Jahr der Initiative Tierwohl wissen wir, dass damals 85 Mio. € gerade Mal für ein Jahr und für nur 11 % der Schweine, 31 % der Hähnchen und 23 % der Puten ausreichten.

Viele Landwirte haben die Sorge, dass es am Ende ein Siegel mehr mit höheren Auflagen gibt, aber keine Entlohnung für den höheren Arbeitsaufwand und die gestiegenen Kosten. Die Hoffnung, dass die gelabelten Produkte im Supermarkt einen reißenden Absatz finden, ist durch die Erfahrung der Vergangenheit getrübt. Zu viele Studien belegen, dass der Verbraucher zwar einen höheren Tierschutz will, sich aber tatsächlich nur ein kleiner Anteil für teurere Produkte entscheidet.

Ein „Nischen-Luxus-Label“ will er nicht, der Bundesminister, und prophezeit für das neue Label sogar eine Verbraucher-Nachfrage von 20 %. Gerne würden die Landwirte diese 20-%-Nachfrage bedienen, keine Frage, allerdings konkurrieren diese Produkte weiterhin mit den Billig-Produkten im Supermarkt. Die Frage ist: Was will der Minister anders machen, damit der Marktanteil der Produkte mit staatlichem Tierwohllabel steigt? Welcher Händler ist denn bereit, Verpflichtungen einzugehen, wenn er nicht weiß, ob der Kunde das „Schmidt-Label“ auf den Produkten honorieren wird? Für den Export werden diese gelabelten Produkte keine Rolle spielen.

Sicherzustellen ist auch, dass die bestehenden rechtlich zugelassenen Haltungsformen

nicht diskriminiert werden. Die übrigen Landwirte dürfen hier nicht das Nachsehen haben!

Auch wenn vermutlich jetzt erstmal nichts passieren wird auf Bundesebene, sollten sich die Landwirte nicht zurücklehnen und abwarten, sondern selbst an Lösungen arbeiten – wie sie es mit der Initiative Tierwohl getan haben. Wichtig ist nun, dass ein staatliches Label den erfolgreichen Ansatz der Initiative Tierwohl nicht gefährdet. Hier gilt es, die vorhandenen Strukturen zu nutzen. Was die Landwirtschaft auf jeden Fall nicht braucht, sind zusätzliche Bürokratie und komplizierte Organisationsstrukturen. Die Leistungen der Tierhalter müssen in angemessener Weise honoriert werden. Denn am Ende zählt für Landwirte das, was auf dem Konto übrig bleibt, vorausgesetzt, die Politik will den Bauern in Deutschland eine Zukunft bieten.